

DAVID SCHRIFFL

Der „Prager Frühling“ 1968 und die österreichisch-slowakischen Beziehungen

Dieser Beitrag soll die Beziehungen nicht entlang der großen politischen Leitlinien erfassen, sondern ein Bild der Kontakte „unterer“ Ebenen über die Grenze hinweg zeigen und den Einfluss der politischen Umbrüche rund um den „Prager Frühling“ 1968 auf Umfang und Qualität der Beziehungen zwischen Österreich und der Slowakei herausarbeiten. In den nunmehr zugänglichen Dokumenten des österreichischen Generalkonsulates in Pressburg (Bratislava) lassen sich gerade aus vorderhand „unpolitischen“ Bezügen Rückschlüsse auf Art und Intensität des grenzüberschreitenden Kontaktes ziehen.

Mit von Interesse für die Untersuchung der Akten des Generalkonsulates ist die Tatsache, dass der so genannte „Prager Frühling“ nicht nur ein Konflikt zwischen „Orthodoxen“ und Reformern der Kommunistischen Partei (Komunistická Strana Československa, KSČ) und in der Folge eine Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und einem widerspenstigen Teil ihrer Hegemonialsphäre, sondern bis zu einem gewissen Grad auch ein Ringen für und wider die Föderalisierung der ČSSR war¹. Einige der Konfliktlinien innerhalb der Tschechoslowakei und innerhalb der KSČ verliefen zwischen Tschechen und Slowaken. Noch gut in Erinnerung waren die Prozesse gegen die Funktionäre Clementis, Husák und Novomeský im Rahmen des Kampfes gegen den „bürgerlichen slowakischen Nationalismus“ in den frühen fünfziger Jahren. Die slowakischen Begehlichkeiten nach Autonomie blieben durch die nicht erfolgte Föderalisierung nach 1948 trotz Anerkennung der Slowaken als eigene Nation weitgehend unbefriedigt. Der slowakische Nationalrat hatte ebenso wie die slowakische KP Prag gegenüber nur sehr begrenzte Befugnisse. Das österreichische Generalkonsulat spielte daher auch eine symbolische Rolle, denn es stellte 1968 die einzige diplomatische Vertretung eines westlichen Staates in der Slowakei dar.

¹ Jan Pauer, Prag 1968. Der Einmarsch des Warschauer Paktes. Hintergründe – Planung – Durchführung (Bremen 1995) 32.

LEGISTISCHE KOOPERATION

Der österreichische Generalkonsul Ernst Ploil pflegte in den Jahren vor 1968 diverse Kontakte zwischen österreichischen und (tschecho-) slowakischen Behörden und Personen. Dabei ging es auch um die Zusammenarbeit zwischen verwandten Dienststellen über die Grenze hinweg. 1964 wurden etwa direkt zwischen Generalkonsulat und der Kanzlei des slowakischen Nationalrates (Kancelária Slovenskej Narodnej Rady)² bzw. später dem Amt der Regierung der Slowakischen Sozialistischen Republik (Úrad Vlády Slovenskej Socialistickéj Republiky) Informationen technischer Natur zu einem geplanten Vertrag über Grenzänderungen an der March ausgetauscht³. Über diese Vorbereitungsarbeiten zu einem bilateralen Abkommen ließ sich das Außenministerium in Wien auch direkt vom Generalkonsulat als der am besten darüber informierten Stelle berichten⁴.

Als der slowakische Nationalrat 1966 nach schweren Katastrophenfällen beabsichtigte, ein Gesetz zum Katastrophenschutz in der Slowakei zu erlassen, wandte er sich mit der Bitte um Unterstützung bei der Ausarbeitung des Gesetzesentwurfes an das Generalkonsulat in Pressburg, da angenommen wurde, dass Österreich hier über große Erfahrung verfüge. Ploil erbat aufgrund der „Dringlichkeit“ der Angelegenheit entsprechende Informationen direkt von der Tiroler Landesregierung, um sie an die slowakischen Stellen weiterzuleiten⁵.

Nach der Invasion der Warschauer-Pakt-Staaten im August 1968 liefen etwa Anfragen bezüglich Grenzänderung weiter, es blieben jedoch im Wesentlichen nur die offiziösen Anlassfälle der Kontaktnahme übrig. Eine Atmosphäre der freundschaftlichen Kooperation ließ sich nunmehr weit weniger feststellen, obwohl Ernst Ploil noch eine Zeit lang im Amt verblieb. Die geänderten politischen Rahmenbedingungen – Wiedereinführung der Zensur, Einschränkung des Reiseverkehrs etc.⁶ – gestatteten anderes einfach nicht mehr im selben Ausmaß. Die überlieferte Anzahl von Reisen österreichischer Delegationen in der ČSSR sank auf die Hälfte⁷. Zudem umfasste der Zeitraum vor 1968 einen größeren Anteil an privaten, wissenschaftlichen oder ähnlichen „zivilen“ Kontakten/Besuchen, bei denen das

² Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik, Wien (ÖStA/AdR), Generalkonsulat Pressburg, C/III/3, Zl. 6.928/64, 13. August 1964.

³ ÖStA/AdR, Generalkonsulat Pressburg, C/III/3, Zl. 79.223/69, 7. August 1969.

⁴ ÖStA/AdR, Generalkonsulat Pressburg, C/III/3, Zl. 4.221/64, 7. Juli 1964.

⁵ ÖStA/AdR, Generalkonsulat Pressburg, C/III/4, Zl. 1.575-A/66, 26. April 1966.

⁶ Jörg K. Hoensch, *Geschichte der Tschechoslowakei* (Stuttgart/Berlin/Köln 31992) 172ff.

⁷ So entsprach die Gesamtanzahl der Reisen des Vierjahreszeitraumes 1965 bis 1968 jener der acht Jahre zwischen 1969 und 1976.

Generalkonsulat Hilfestellung bot; danach handelte es sich in überwiegendem Maße um offizielle Politikerreisen oder technische Kommissionen.

ENTSPANNUNGSPOLITIK UND LIBERALISIERUNG

Die Öffnung der ČSSR nach Westen im „Prager Frühling“ geschah nicht nur auf privater Ebene, sondern war durchaus von den Reformern in der KSČ intendiert. Die Beziehungen zu Deutschland und Österreich sollten verbessert und die Ziele einer tschechoslowakischen Europapolitik formuliert werden. Ein Memorandum der Prager Militärakademie vom Mai 1968 forderte eine eigenständige tschechoslowakische Sicherheitspolitik und ein Ende der Übernahme der sowjetischen Militärdoktrin, wonach vor allem Deutschland oder auch Österreich potenzielle Kriegsgegner der ČSSR seien. In Abkehr von diesen eingeübten Feindbildern wurden Gewaltverzicht in den internationalen Beziehungen und Spannungsabbau eingemahnt⁸. Noch im September 1968 teilte Vizeaußenminister Kohout dem Gesandten Kirchschräger, der in dieser Zeit die Vertretung in Prag leitete, seine persönliche Ansicht mit, dass nur die Grenze zu Österreich eine Grenze zu Freunden sei. Die ČSSR sei „sonst von Staaten umgeben, die sie als Gegner ansehen müsste“⁹.

Ein wichtiger Punkt dieser intensivierten Nachbarschaft auf offizieller Ebene war das Gespräch von Jiří Hajek und Kurt Waldheim im Juni 1968 – schließlich handelte es sich um das erste Treffen zwischen den Außenministern der beiden Nachbarländer seit 30 Jahren. Von tschechoslowakischer Seite war Pressburg als Treffpunkt vorgeschlagen worden. Die Besprechungen sollten in den Räumen des slowakischen Nationalrates stattfinden, wobei das Generalkonsulat in Pressburg aus Prag über die Zusammenkunft und ihren Ablauf informiert wurde. Ploil sollte nach Ansicht Kirchschrägers nicht nur am gemeinsamen Essen, sondern „zur Stärkung seines Prestiges in Pressburg“¹⁰ auch an den Besprechungen teilnehmen. Die Rolle der Vertretung in Pressburg war bei der Intensivierung bilateraler Kontakte auf unterer oder lokaler Ebene wichtig, in den Vorgängen der hohen Diplomatie wurde ihr aber im Vergleich zur Prager Gesandtschaft nur eine geringe Bedeutung beigemessen. Das Außenamt in Wien erwiderte daher: „Eine Teilnahme von Konsul Dr. Ploil an den Veranstaltungen und Essen wäre erwünscht. Eine Teilnahme an der Besprechung erscheint hingegen nicht

⁸ Pauer, Prag 24.

⁹ Zitiert nach: Paul Ullmann, Die diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und der Tschechoslowakei von 1945 bis 1968 (Diss. Wien 2001) 240.

¹⁰ ÖStA/AdR, BMAA, Sektion II-pol, ČSSR 2, GZ. 120.000–6(Pol)/68, Kirchschräger an BMAA, 10. Juni 1968.

zweckmäßig.“¹¹ In die 1968 auf österreichischer Seite angestellten Überlegungen, wie man die Beziehungen auch kurzfristig verbessern könnte, floss schließlich sogar der Gedanke ein, bilaterale Abkommen, die vor 1938 geschlossen worden waren, wieder in Geltung zu setzen¹².

Eine gewisse Entspannung war auch anhand der Grenzzwischenfälle abzuleiten, die – wenn durch Zivilpersonen verursacht – vor dem Ende des „Prager Frühlings“ viel weniger hart geahndet wurden. Bereits vier Stunden nach der Landung konnte ein über die Grenze verirrter und in Untertannowitz (Dolní Dunajovice) gelandeter Sportflieger ungehindert ausreisen¹³, und als das österreichische Außenministerium am 12. Juli 1968 sein Bedauern über die Grenzverletzung durch eine Maschine des Bundesheeres zum Ausdruck brachte, war sein Gegenüber über den – inzwischen mehr als einen Monat zurückliegenden – Zwischenfall noch nicht einmal informiert¹⁴.

Mit der Abschaffung der Pressezensur – neben dem Rehabilitierungsgesetz die einzige wesentliche legislative Maßnahme des Prager Frühlings¹⁵ – wurden die Massenmedien für den Meinungsbildungsprozess in der Öffentlichkeit immer wichtiger und läuteten das Ende des gesellschaftlichen Primats der KSČ ein, deren Intention es freilich nicht war, durch die Liberalisierung den eigenen Führungsanspruch zu untergraben. Die Kontrolle über eine unabhängige Presse zu behalten, wurde aber bald unmöglich, denn ohne das Informations- war das Machtmonopol ein Unvollständiges.

Durch die neue Medienlage wurde aber auch die österreichische Vertretung vor neue Probleme gestellt: zum einen, weil die Zahl unterschiedlicher und unabhängiger Presseorgane nach dem faktischen Ende der Zensur stark zunahm, und zum anderen, weil immer öfter auch slowakisch geschrieben wurde. „Die Lektüre der slowakischen Zeitungen ist dem Generalkonsulat nicht möglich, weil der einzige der Landessprache mächtige Angehörige dieses Amtes [...] für diese Aufgabe nicht geeignet ist. Mit der Zunahme der Pressefreiheit und der slowakischen Autonomie wird der Inhalt der hiesigen Zeitungen immer interessanter und auch von dem der tschechischen ver-

¹¹ ÖStA/AdR, BMAA, Sektion II-pol, ČSSR 2, GZ. 120.000–6(Pol)/68, BMAA an Kirchschläger, 12. Juni 1968. Das Wort „zweckmäßig“ wurde im Original durchgestrichen und handschriftlich durch „erforderlich“ ersetzt.

¹² ÖStA/AdR, BMAA, Sektion II-pol, ČSSR 2, GZ. 119.151–6/68.

¹³ ÖStA/AdR, BMAA, Sektion II-pol, ČSSR 9/2, GZ. 114.307–6/68, Bundesministerium für Inneres an BMAA, 25. März 1968.

¹⁴ ÖStA/AdR, BMAA, Sektion II-pol, ČSSR 9/2, GZ. 114.307–6/68, Gesandter Kirchschläger an BMAA, 4. bzw. 12. Juli 1968.

¹⁵ Pauer, Prag 25.

schiedener, sodass das Fehlen eines Übersetzers besonders stark fühlbar wird.“¹⁶

Nicht zuletzt wegen der ungemein wichtigen Rolle der veröffentlichten Meinung wurde dann gleich zu Beginn der Invasion der sozialistischen „Bruderstaaten“ der Versuch gemacht, die Medien wieder unter Kontrolle zu bringen. So schnell wie möglich wurden Sendeanlagen und wichtige Redaktionen durch Agenten des Staatssicherheitsdienstes (Státní bezpečnost, StB) eingenommen¹⁷. Nur wenige Leute an der richtigen Stelle reichten aus, um in den während der Nacht schwach besetzten Einrichtungen die Kontrolle zu übernehmen. Behilflich waren dabei einige hohe Funktionäre, die ihre Positionen durch die Reformen bedroht sahen.

FUNK UND FERNSEHEN

Die elektronischen Medien Radio und Fernsehen bilden ein inzwischen viel besprochenes Feld der Rolle Österreichs während des „Prager Frühlings“. Bekannt sind die „Stadtgespräche“, die der Österreichische Rundfunk (ORF) in Kooperation mit dem tschechoslowakischen Fernsehen produzierte und der ORF-Programmdirektor und spätere Wiener Bürgermeister Helmut Zilk moderierte. Dabei wurden jeweils 25 Bürger aus beiden Ländern ausgewählt, die im Fernsehen aktuelle Themen diskutieren sollten. Die Sendungen wurden in beiden Ländern live ausgestrahlt. Kontroversielle Wortmeldungen konnten daher durch eine sorgfältige Auswahl der Teilnehmer zwar im Rahmen gehalten, nicht aber durch eine Zensur vor Ausstrahlung ganz verhindert werden. Diese Art Offenheit konnte vor allem das Verständnis der Bevölkerungen füreinander fördern¹⁸. Kamen die „Stadtgespräche“ durch die Intervention zum Erliegen, spielte das dabei vom ORF, aber auch von tschechischen Teams gefilmte und vom ORF ausgestrahlte oder an westliche Stationen weitergegebene Material eine wichtige Rolle in der internationalen Meinungsbildung über den Einmarsch der fünf „Bruderstaaten“. Im Zusammenspiel mit österreichischen diplomatischen Vertretungen wurde versucht, auch unter schwierigen Bedingungen ein Mindestmaß an Information aus der ČSSR zu erhalten. So erbat ein Fernsichteam des ORF aus der Gesandtschaft in Prag über Chiffrefernschreiben in den ersten Tagen der Invasion Anweisungen aus Wien. Das Team teilte mit, dass es aufgrund der drohenden Ausweisung ausländischer Korrespon-

¹⁶ ÖStA/AdR, BMAA, Sektion II-pol, ČSSR 8, GZ. 114.979-6/68, Generalkonsulat Pressburg an BMAA, 21. März 1968.

¹⁷ Pauer, Prag 236.

¹⁸ Martin David, Österreichisch-tschechoslowakische Beziehungen 1945 bis 1974 unter besonderer Berücksichtigung aktueller Themen (Diss. Wien 2002) 196f.

dentent untertauche und Direktive über Bleiben oder Ausreise erwarte¹⁹. Aus Sicht der neuen Führung in Prag und vor allem auch der Interventionsmächte war der Informationsfluss Richtung Westen selbstverständlich unerwünscht.

Wichtig für den Informationsfluss aus dem Westen in die Slowakei war die Möglichkeit, Sendungen des ORF empfangen zu können. Nicht aus Zufall fand die kommunistische Wiener „Volksstimme“ – lange Zeit die einzige in der Slowakei legal zu erwerbende Zeitung aus Österreich – immer am Donnerstag reißenden Absatz, wenn sie das Programm des ORF enthielt. Auf eine Anfrage des Außenministeriums in Wien an alle österreichischen Vertretungen im Ausland, ob der Kurzwellendienst des ORF empfangen werden könne und auf Interesse stoße, meldete das Generalkonsulat, dass die Slowaken wenig Interesse dafür zeigten, da ohnehin das Mittelwellenprogramm hörbar sei. Der Raum um Pressburg könne sogar problemlos die Fernsehsendungen empfangen, der Rest des Landes inklusive Ostslowakei werde über Mittelwelle durch ORF-Programme versorgt²⁰.

Die Reichweite der österreichischen Sendeanlagen vereinfachte in den Tagen des Einmarsches auch die Evakuierungsbemühungen der österreichischen Vertretung in Pressburg. Auf Ersuchen des Generalkonsuls sendete der ORF den Aufruf, dass sich die in der Tschechoslowakei befindlichen Österreicher im Hotel Devín sammeln sollten²¹, von wo aus mehrmals täglich Konvois unter Aufsicht des Generalkonsulats in Richtung Grenze abfuhren.

Die Kooperationen spielten sich jedoch nicht nur im „sichtbaren“ Bereich ab. Fast analog zur legistischen Unterstützung in Fragen des Katastrophenschutzes ergab sich Mitte des Jahres 1967 eine solche in Fernsehfragen. Im Zuge einer Reform im Entlohnungswesen des slowakischen Fernsehens schlug der dortige Direktor das österreichische Fernsehen in Organisationsfragen als „mustergültig und beispielgebend“²² vor. Das Generalkonsulat wurde um Hilfe und Vermittlung ersucht. Ernst Ploil wandte sich mit der Bitte um Unterstützung an Zilk²³, der die benötigten Informationen lieferte. Die slowakische Seite zeigte sich dankbar und bot für die Zukunft – wenn benötigt – ebenfalls Hilfestellung an²⁴. Die Kontakte mün-

¹⁹ ÖStA/AdR, BMAA, Sektion II-pol, ČSSR 2, Zl. 124917, Gesandter Kirchschräger an Direktor Zilk, undatiert.

²⁰ ÖStA/AdR, Generalkonsulat Pressburg, K/III/9, Zl. 17.717-A/68, 19. Juni 1968.

²¹ ÖStA/AdR, BMAA, Sektion II-pol, ČSSR 2, Zl. 124.529–6/68, Abschrift des Radiointerviews Generalkonsul Ploils vom 23. August 1968, eingelangt am 28. August 1968.

²² ÖStA/AdR, Generalkonsulat Pressburg, K/III/9, Zl. 11.353-A/67, 29. Mai 1968.

²³ Ebenda.

²⁴ ÖStA/AdR, Generalkonsulat Pressburg, K/III/9, Zl. 15.802/67, 3. Juli 1968.

deten beispielsweise in ein gemeinsames Radiokonzert im Mai 1968, das zur Hälfte aus Pressburg und zur Hälfte aus Graz übertragen wurde. Im entsprechenden Einladungsschreiben an Ploil wurde auch Dank für die außertourliche Erledigung der Visa für die Tournee des Symphonieorchesters abgestattet²⁵. Ähnlich unkompliziert wurden Treffen zwischen slowakischen Rundfunkleuten und dem Intendanten des ORF-Landesstudios Niederösterreich durch das Generalkonsulat organisiert und durchgeführt²⁶.

Dies alles sollte aber nach dem August 1968 für lange Zeit nicht mehr möglich sein; der nächste Schriftwechsel in den Akten des Generalkonsulats betreffend ORF und tschechoslowakischen Rundfunk datiert aus dem Jahr 1975²⁷.

Seit der Invasion am 21. August 1968 war die österreichische Vertretung in zunehmendem Maße damit befasst, Vorwürfe gegen Österreich und Verdächtigungen vor allem durch die Sowjetunion auszuräumen. Besatzungstruppen behaupteten, dass tschechoslowakische Geheimsender in Österreich stünden und in Richtung Osten senden würden. Über die „Süddeutsche Zeitung“ fand dieses Gerücht auch Eingang in die offizielle Presse einiger osteuropäischer Staaten. In der Folge wurden die Generalpostdirektion und der ORF in der Sache vom Außenamt und von der Staatspolizei befragt²⁸. Chefredakteur Dalma verneinte die Anschuldigungen und sprach von einem möglichen Missverständnis, da zwei Sendungen von tschechoslowakischen Freiheitssendern im österreichischen Programm im Original angespielt, dann aber sofort vom deutschen ORF-Kommentar überblendet worden seien. Um gegen etwaige Senderversuche von Amateurfunkern vorgehen zu können, wurden von der Post Messstellen in Oberösterreich und in Drosendorf errichtet²⁹. Ein krasses Beispiel grenzüberschreitender Verdächtigungen betraf veraltete Panzer des österreichischen Bundesheeres und Kriegsgerät, das sich im August 1968 leihweise zu Dreharbeiten für den Film „Die Brücke von Remagen“ in der Tschechoslowakei befand. In einer sowjetischen Zeitschrift wurde allerdings behauptet, dass es amerikanischen Spezialeinheiten, die aus Österreich als Touristen einsickern würden, als Kampfmittel dienen sollte. Die sowjetischen Besatzungstruppen wollten zunächst nur einer Übergabe der mit amerikanischen Hoheitszeichen ver-

²⁵ ÖStA/AdR, Generalkonsulat Pressburg, K/III/9, Zl. 11.596-A/68, 8. Mai 1968.

²⁶ ÖStA/AdR, Generalkonsulat Pressburg, K/III/9, Zl. 3.566-A/68, 20. März 1968.

²⁷ ÖStA/AdR, Generalkonsulat Pressburg, K/III/9, Zl. 35.15.1.02/75, 23. Juli 1975; Zl. 2.498-A/75, 10. Juli 1975; Zl. 3.843-A/75, 4. Juli 1975.

²⁸ ÖStA/AdR, BMAA, Sektion II-pol CSSR 6, GZ 124.747-6(Pol)/68, Amtsvermerk Dr. Mock, 23. August 1968.

²⁹ ÖStA/AdR, BMAA, Sektion II-pol CSSR 6, GZ 124.747-6(Pol)/68, Bundesministerium für Inneres, Gruppe staatspolizeilicher Dienst, Journaldienst an BMAA, 27. August 1968.

sehenen Gerätschaften an der deutschen Grenze zustimmen, vermutlich um die Anwesenheit der Waffen in der Tschechoslowakei propagandistisch zu verwerten³⁰.

REISEVERKEHR UND BILDUNGSUSTAUSCH

Auf sportlicher Ebene war – nach einer Anzahl von Freundschaftsspielen auf Vereinsbasis und ähnlichen durch das Generalkonsulat vermittelten oder unterstützten grenzüberschreitenden Aktivitäten in den vorangegangenen Monaten – mit August 1968 ein Abreißen der österreichisch-slowakischen Kontakte zu bemerken. Ebenso fanden die slowakischen Gewerkschaftsreisen, die zuvor jährlich stattgefunden und 1967 800 bis 1.000 Personen umfasst hatten, ein jähes Ende.

Das Bemühen um die Verbesserung und Vertiefung der Beziehungen war dabei keinesfalls einseitig oder auf einzelne Akteure auf österreichischer oder slowakischer Seite beschränkt gewesen. Die in deutsch verfasste Anfrage einer höheren technischen Schule in Pressburg an das Generalkonsulat, ob ein Studentenaustausch zwischen slowakischen und österreichischen Hochschülern in den Sommerferien 1967 möglich wäre, schließt mit folgendem Satz: „Wir hoffen, dass die einst gute [sic] Beziehungen zwischen unseren Völker [sic] sich wieder beleben werden, und freuen uns auf den Besuch Österreichs.“³¹ Teil einer Exkursion von 80 Wiener Völkerrechtsstudenten nach Pressburg war auch ein Treffen mit slowakischen Kollegen³². Die Herstellung des Kontaktes zwischen hochrangigen Angehörigen der Wiener Akademie für Musik und darstellende Kunst und der Hochschule für Musik in Pressburg war für die Beteiligten „nicht nur interessant, sie enthüllte auch eine Fülle gemeinsamer Ansichten und Pläne“³³. Bilaterale Ausbildungsanstrengungen wurden angedacht. Ein begeisterter Wiener Professor meinte gar in Richtung Generalkonsul Ploils: „Es ist überaus erfreulich, wie Sie Ihre [sic] Haus in Pressburg zu einem Mittelpunkt geistiger Begegnung zwischen den altösterreichischen Brudernationen machten.“³⁴

Die sich vor allem ab Mai 1966 „schlagartig“ vergrößernde Zahl an Visumsanträgen stellte die Vertretung vor Kapazitätsprobleme, weswegen

³⁰ ÖStA/AdR, BMAA, Sektion II-pol CSSR 49, GZ 124.599–6(Pol)/68, Bundesministerium für Landesverteidigung, Sektion IV/KFM an BMAA, 24. August 1968; sowie ebenda, GZ 126.340–6(Pol)/68, Chiffreschreiben der österreichischen Botschaft in Washington an BMAA, 20. September 1968.

³¹ ÖStA/AdR, Generalkonsulat Pressburg, R/I/4, Zl. 11.367/67, 23. Mai 1967.

³² ÖStA/AdR, Generalkonsulat Pressburg, R/I/4, Zl. 11.337/67, 23. Mai 1967.

³³ ÖStA/AdR, Generalkonsulat Pressburg, R/I/1, Zl. 8.215/67, 25. April 1967.

³⁴ Ebenda.

zumindest für die warme Jahreszeit um personelle Verstärkung aus Wien gebeten wurde. Demnach wurden vom 1. Jänner bis 23. November 1965 Visa für 16.016 Personen ausgestellt, 1966 im selben Zeitraum bereits für 24.289 Personen. Dabei war auch eine Tendenz von Sammelvisa, die auf Antrag eines tschechoslowakischen Reisebüros oder einer Behörde ausgestellt wurden, hin zu Einzelvisa für Privatpersonen bemerkbar³⁵, die als Anzeichen vergrößerter Reisefreiheit interpretiert werden konnte. Denn sowohl Medien als auch Passbehörden wiesen laut Generalkonsulat die Reisewilligen zunehmend darauf hin, dass die Vermittlung eines staatlichen Reisebüros zur Sichtvermerkserteilung nicht notwendig sei.

Während der Phase der „Normalisierung“ wurden im Gefolge der Verschärfung der Ausreisebestimmungen der ČSSR auch von österreichischer Seite die Einreisebestimmungen für Bürger der ČSSR verändert. War es 1967 und davor noch möglich, Visa für zwei Monate zu erhalten, und 1968 problemlos zumindest für zwei Wochen, so wurde im Zuge einer neuen Ministerialverordnung über die Sichtvermerkserteilung an Grenzkontrollstellen im Jänner 1971 ausdrücklich darauf hingewiesen, dass vor Erteilung eines solchen an Bürger der ČSSR (sowie der UdSSR, Polens, Ungarns, Albanien, der Volksrepublik China, der Mongolei, Nordkoreas, Nordvietnams und Kubas) in jedem Fall eine Stellungnahme des Innenministeriums einzuholen sei³⁶. Das Prinzip der Reziprozität kam hier verstärkt zum Tragen. Als sich im Juli 1967 ein Mitglied der gemischten Kommission zur gemeinsamen Ausbeutung des Erdgasfeldes Zwerndorf-Vysoka für zwei Wochen jenseits der Grenze aufhielt, war die Sichtvermerkserteilung bzw. Ausreise kein Problem gewesen. Das Generalkonsulat bevorschusste die Reise sogar mit 4.000 Kronen ohne vorherige Rückfrage beim Ministerium³⁷. 1971 wies das Außenministerium die Vertretung in Pressburg an, dem tschechoslowakischen Personal derselben Kommission nur Visa für einen einmaligen Grenzübertritt auszustellen. Visa für mehrere Reisen dürften nur „[...] unter der Voraussetzung der *ausschließlichen Reziprozität* ausgestellt werden“³⁸.

Wurden die erteilten Sichtvermerke vor der Invasion aus touristischen Gründen oder zur Vertiefung der gegenseitigen Kontakte verwendet, stand bald das Motiv der Flucht im Vordergrund. Mittels Besuchsvisum reisten viele Tschechoslowaken – meist mittellos – nach Österreich, um die weitere Entwicklung hier abzuwarten und dementsprechend entweder zurückzu-

³⁵ ÖStA/AdR, Generalkonsulat Pressburg, S/I/1, Zl. 16.237-A/66, 23. November 1966.

³⁶ ÖStA/AdR, Generalkonsulat Pressburg, S/I/1, Zl. 337/71, 4. März 1971.

³⁷ ÖStA/AdR, Generalkonsulat Pressburg, R/I/1, Zl. 21.610-A/67, 12. Juli 1967.

³⁸ ÖStA/AdR, Generalkonsulat Pressburg, S/I/1, Zl. 3812/71, 2. Dezember 1971. *Kursiver* Text im Original gesperrt.

kehren, um Asyl anzusuchen oder nach Übersee auszuwandern. Anfang Oktober 1968 ersuchte das Außenministerium in Wien gleichlautend die Vertretungen in Prag und Pressburg, den Sichtvermerkswerbern klar zu machen, dass aufgrund der Erschöpfung der räumlichen Möglichkeiten in Österreich für sie im Falle ihrer dauerhaften Flucht mittels Besuchsvisum keine Unterstützung durch Hilfsorganisationen zu erwarten sei. Eine Änderung der Praxis der Sichtvermerkerteilung wurde allerdings nicht in Aussicht gestellt und ein dementsprechender Anschlag im Warteraum des Generalkonsulats aufgehängt³⁹.

ARBEIT IM SCHATTEN DER INVASION

Die Invasion vom 21. August 1968 bedeutete auch die Abschnürung diplomatischer Vertretungen von ihren Mutterländern. Das österreichische Generalkonsulat in Pressburg wurde polizeilich zerniert und auch Österreicher durften das Amtsgebäude nicht mehr betreten. Da die Brücke nach Engerau (Petržalka) durch sowjetische Panzer blockiert wurde, versuchte Generalkonsul Ploil, einen Ausländerkonvoi per Fähre zusammenzustellen. Im entsprechenden Fernschreiben vom 21. August, 17:34 Uhr, wurde weiters ausdrücklich darauf hingewiesen, dass keine Verbindung zum slowakischen Nationalrat bestehe, dieser sei von den Sowjets besetzt⁴⁰. Erst am 22. August war der Weg zur Grenze in Berg wieder befahrbar, da sich die sowjetischen Panzer auf der Brücke etwas geordnet hatten. Ernst Ploil berichtete weiter, dass es in Pressburg an diesem Tag zweimal zu schweren Schießereien gekommen sei. Dabei seien mindestens fünf Personen getötet und jeweils geschätzte 10.000 Schuss Maschinengewehrmunition und vier Magazine für leichte Artillerie verbraucht worden. Trotz funktionierender Versorgung nehme der Besatzungsdruck zu, auch das Privatauto des Konsuls sei durchsucht worden⁴¹. Die Möglichkeit zur Fahrt an die Grenze nach Berg wurde von Ploil in Form eines „Geleitzuges mit Ausländern“ genützt, den er nach dem Ende der Kampfhandlungen begleitete. Darüber hinaus wurde das Hotel „Devín“ zum Sammelpunkt für in der Slowakei befindliche Österreicher, die von dort nach Westen gebracht wurden⁴². So nahm auch eine Gruppe minderjähriger Turnerinnen des Arbeiterturnvereines Stadlau, die sich auf Einladung slowakischer Kollegen im Land befand, mit der Vertre-

³⁹ ÖStA/AdR, Generalkonsulat Pressburg, S/I/1, Zl. 69.718–68, 4. Oktober 1968.

⁴⁰ ÖStA/AdR, BMAA, Sektion II-pol, ČSSR 2, GZ. 131.843–6/68, Gesandtschaft Prag an BMAA, 21. August 1968.

⁴¹ ÖStA/AdR, Generalkonsulat Pressburg, F/II/1, Zl. 39.541-A/68, 22. August 1968.

⁴² ÖStA/AdR, Generalkonsulat Pressburg, F/II/1 Fernschreiben ohne Zl., undatiert.

tion in Pressburg Kontakt auf und wurde zur Grenze geleitet⁴³. In einem Radiointerview berichtete der Generalkonsul, dass pro Tag zwei bis drei Autokolonnen mit Österreichern und anderen Ausländern unter Begleitung durch die Vertreter des Generalkonsulats an die Grenze nach Berg führen. Dies sei nicht gefährlich, doch würden die sowjetischen Posten unterschiedlich reagieren und dann und wann die Autos durchsuchen. Manchmal sei die Brücke durch Panzer völlig gesperrt. Im Übrigen habe man die menschliche Pflicht, die Österreicher und überhaupt Ausländer zur Grenze zu bringen, da das österreichische Generalkonsulat die einzige westliche Vertretungsbehörde in Pressburg sei⁴⁴.

Während der Invasion wurden die Telefonverbindungen der Vertretungen in Prag und Pressburg außer Funktion gesetzt, sodass die Kommunikation nur mehr über Fernschreiber aufrechterhalten werden konnte⁴⁵. Doch auch diese Verbindung funktionierte nur passiv – das heißt, das Generalkonsulat musste das Ministerium in Wien ersuchen, von sich aus zweimal täglich Pressburg anzuschreiben, da ansonsten keine Verbindung zustande käme. Die Kontakte aus der Tschechoslowakei heraus wurden – so scheint es – von den Besatzungstruppen zumindest teilweise unterbrochen⁴⁶. Neben der unregelmäßigen Verbindung über Fernschreiber konnte man nur mittels Kuriers über die nahe Grenze kommunizieren. Das Ministerium in Wien nahm die „Funkstille“ anscheinend weniger als Problem wahr, was auf Unmut beim in seinen Wirkungsmöglichkeiten eingeschränkten Generalkonsul stieß. Der Diplomat beschwerte sich bei der Gesandtschaft in Prag, dass sich Wien trotz der dramatischen Situation nur nach der Gesundheit des Kuriers erkundigt und angeboten habe, zehn Laib Brot an die Grenze zu bringen (die aber zu dem Zeitpunkt von Osten aus nicht erreichbar war), um sodann – ohne die Antwort des Generalkonsulats abzuwarten – die Verbindung wieder zu trennen. Derartiges „Desinterressement“ sei „schon befremdend“⁴⁷.

Die mangelnde Kommunikation mit dem Außenministerium in den kritischen Tagen wurde jedoch durch zwei Interviews Ploils konterkariert, die sowohl in den staatlichen Medien Polens als auch im vorgesetzten Ministerium in Wien einigen Staub aufwirbelten. Schwere Vorwürfe wurden in diesem Zusammenhang von staatlichen Medien der Warschauer-Pakt-Staaten gegen den österreichischen Diplomaten erhoben. Die Abendnachrichten

⁴³ ÖStA/AdR, Generalkonsulat Pressburg, F/II/1, Zl. 39.537-A/68, 22. August 1968.

⁴⁴ ÖStA/AdR, BMAA, Sektion II-pol, ČSSR 2, Zl. 124.529–6/68, Abschrift eines Radiointerviews Generalkonsul Ploils vom 23. August 1968, eingelangt am 28. August 1968.

⁴⁵ ÖStA/AdR, Generalkonsulat Pressburg, F/II/1, Zl. 39.541-A/68, 22. August 1968.

⁴⁶ ÖStA/AdR, Generalkonsulat Pressburg, F/II/1 Fernschreiben ohne Zl., undatiert.

⁴⁷ ÖStA/AdR, Generalkonsulat Pressburg, F/II/1 Fernschreiben ohne Zl., undatiert.

des polnischen Fernsehens vom 26. August 1968 verbreiteten eine Agenturmeldung folgenden Inhalts: „westdeutsche Diplomaten [...] wie z.B. der Chef der westdeutschen Handelsmission in Prag und der österreichische Konsul in Pressburg, treten entgegen ihrem Status im Rundfunk als Kommentatoren auf und mischen sich ganz offen in die inneren Angelegenheiten der CSSR ein“⁴⁸. Im inkriminierten Radiointerview hatte Ernst Ploil zur Stimmung in der Bevölkerung kurz nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen gemeint: „Ja, alles nützt sich ab. Der Unmut, das Malaise [!], das anfängliche, geht langsam in Lethargie über und [...] artet es in ein tägliches Gleichmaß aus.“⁴⁹ Bezüglich der Verhandlungen des tschechoslowakischen Präsidenten Svoboda in Moskau sprach er davon, „dass es zu bedeutenden Konzessionen kommen wird, und das ist vielleicht der zweite Unmut, weil man einen tatsächlichen Ausweg [...] ja nicht sieht. [...] Ich habe schon einmal gesagt, dass es unvorstellbar war für einen gelernten Mitteleuropäer, dass man in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch mit Divisionen internationale Politik macht. [...] es war eine einmütige Ablehnung der Okkupation.“⁵⁰ Ein Interview, das im Londoner „Daily Mirror“ am 23. August 1968 abgedruckt wurde, ließ das Außenministerium in Wien mindestens ebenso beunruhigt zurück⁵¹, da die im diplomatischen Dienst grundsätzlich gepflogene Zurückhaltung gegenüber Medien – vor allem in der Frage der innenpolitischen Gegebenheiten des Empfangsstaates – nicht eingehalten worden war. In einem Situationsbericht aus Berg wurde Ploil unter anderem mit den Worten zitiert: „I fear there may be a blood bath tomorrow if a general strike comes off.“⁵²

* * *

Die Befürchtungen, dass es zu einem Blutbad kommen könnte, bestätigten sich zum Glück nicht. Doch nahmen die Beziehungen auf „unterer“ Ebene über die Marchgrenze nach dem 21. August 1968 in Qualität und Quantität schweren Schaden. Dabei wirkten sich die Geschehnisse weit

⁴⁸ ÖStA/AdR, BMAA, Sektion II-pol, ČSSR 2, GZ. 124.529, Botschaft Warschau an BMAA, 28. August 1968.

⁴⁹ ÖStA/AdR, BMAA, Sektion II-pol, ČSSR 2, GZ. 124.529–6/68, Abschrift eines Radiointerviews Generalkonsul Ploils vom 23. August 1968, eingelangt am 28. August 1968.

⁵⁰ Ebenda.

⁵¹ „Über Weisung des Herrn Generalsekretärs wäre der Text der Meldung des ‚Daily Mirror‘ der Gesandtschaft Prag mit dem Ersuchen zur Kenntnis zu bringen festzustellen, ob Konsul Ploil die [...] veröffentlichte Erklärung tatsächlich abgegeben hat.“ Ebenda.

⁵² Ebenda.

weniger auf die Wirtschaftsbeziehungen als auf die in diesem Beitrag beschriebenen Vorgänge kultureller, wissenschaftlicher, sportlicher und privater Natur aus⁵³. Wie anhand der ausgewerteten Aktenbestände ablesbar ist, traten zunächst durch die Liberalisierung des „Prager Frühlings“ und dann durch dessen gewaltsames Ende deutliche Veränderungen und Brüche zutage. Natürlich wurden viele Aktivitäten durch die Persönlichkeit des Generalkonsuls Ernst Ploil begünstigt, doch waren die innenpolitischen Rahmenbedingungen in der ČSSR letztlich ausschlaggebend für das Ende vieler Kontakte zwischen Österreich und der Slowakei.

⁵³ Die Statistik zeigt für 1967 bis 1971 kontinuierliche und starke Steigerungen sowohl der österreichischen Importe aus der als auch Exporte in die ČSSR. Ullmann, Beziehungen 316.

